

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das "Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Verkaufsstellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. jährlich. Abnahme bis 1000 Exemplare. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Abnahme bis 1000 Exemplare. Abnahme bis 1000 Exemplare. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6



Abgabe bis 1000 Exemplare. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Abgabe bis 1000 Exemplare. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weichen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharand, Finanzamts Neesen.

Nr. 135. — 85. Jahrgang. — Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Sonnabend, 12. Juni 1926

Unwetter und Stürme.

Was dem einen ein Unheil ist, ist dem andern ein Nachteil. Der Städter schimpft natürlich Nord und Brand, wenn er des Morgens mit dem frisch gekauften Strohputz auf dem Haupte von Hause abmarschiert ist, diese „Behauptung“ aber gar bald einen heftigen Segen von oben erhält. Doch dem Landwirt bringt's Zufriedenheit, ihm fördert das Naß die Ernte. Freilich, die Natur hat sich in letzter Zeit allzu ungebärdig gezeigt, Unwetter und Überschwemmungen haben manches zerschlagen, vieles vernichtet, was die Hoffnung eines ganzen Jahres war. Besonders schlimm sind wieder die Anwohner jener deutschen Flüsse dran, deren Oberlauf auf polnischen Gebiet liegt. Zur Regulierung dieser Flüsse geschieht jenseits der Grenze so gut wie nichts und gehen die Unwetter nieder, dann leidet das deutsche Gebiet ganz besonders. Im Kreis Schwerin a. d. W. gibt es daher ein rasch belichtes gewordenes Sprichwort: „Durch die Vorbereit des Hauses kommt der Steuerbeamte hinein und durch die Hintertür — das Warthwasser“.

Unsere weitere östliche Nachbarschaft ist auch nicht gerade sehr erfreulich. Nun haben wir ein Bündnis mit Rußland geschlossen, sind außerdem bereit, diesem Lande einen langjährigen Kredit zu gewähren von nicht weniger als 300 Millionen. Rußland ist gar nicht so schlecht dran: es wird handelspolitisch umschwärmt wie ein hübscher Wäldchen von den Primanern. Nur spielen hier sehr reale Interessen mit: jeder Staat will gern dieses wirtschaftlich brachliegende Land besitzen, will seiner Industrie ein großes Absatzgebiet erobern. Die Russen sind sehr gern bereit, sich größere Summen borgen zu lassen, werden aber wild, wenn der Kreditgeber von Sicherheiten und Zinsen redet. Ein derartiges Theater haben man jetzt auch wieder mit uns, indem man deutsche Waren als zu kostspielig erklärt. Ob überhaupt ein großes Geschäft mit dem heutigen Rußland zu machen ist? Seine Währung, der schon einmal „stabilisierte“ Tschernowez, ist nämlich überaus tief nach abwärts geklettert.

Ganz so schlimm ist's mit dem Frank ja nun noch nicht, aber der röhrt auch schon ein bisschen und hat hypokritische Flügel. Daß man dem Kraken mit kleinen Mitteln nicht mehr helfen kann, hat sich wohl in allen Teilen Frankreichs herumgesprochen. Aber man will die bittere Medizin nicht schlucken: offenbar hat man sich den Sieg im Weltkrieg ein bisschen anders vorgestellt. Dazu dieses Rußland, das immer noch nicht daran denkt, die schönen Goldmillarden, die man dem Zarenstaat gepumpt hat, zurückzahlen. 18 Milliarden Frank waren es, mögen jetzt mit Zins und Zinseszins die doppelte Summe betragen — wenn man diesen Goldschatz hätte! Da wäre man glatt aus dem ganzen Währungschaos heraus, aber Rußland zeigt hierin nicht bloß eine, sondern gleich zwei tolle Schultern. — Dazu die Sorgen in Genf! Es ging doch dort alles so ordentlich zu: an der Rüstung wurde in der Abrüstungskonferenz so gut wie gar nichts geändert, wurden alle deutschen Anträge sorgfältig niedergestimmt. England machte das übliche bedenkliche Gesicht, war aber schnell doch immer wieder an der Seite des Bundesgenossen, weil ihm das nordafrikanische Problem von Ägypten bis Marokko viel wichtiger dünkt als die ganze Abrüstungskomödie. Nun hat aber Brasilien in diesem bisharmonischen Konzert mit dem Programmpunkt: der Kampf um die Rüstung, soeben die Fäden niedergelegt und verzichtet dankend auf weitere Mitwirkung im Völkerbundrat. Und Spanien bodet auch schon, steht auch schon zum Ausbrechen an. Beide Staaten wollen einen ständigen Sitz haben. Das Amüsante dabei ist, daß der Völkerbundrat „aus juristischen Gründen“ diesen Verzicht Brasiliens auf seinen bisherigen nichtständigen Sitz gar nicht anerkennt — aber man kann Brasiliens Vertreter nicht mit Gewalt in das Zimmer dieser erlauchten Ratversammlung schleppen!

Die Genfer Versammlung hat ja nun noch mit einem besonderen „Anall“effekt geendet, mit der Ohrfeige, die der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen von einem seiner politisch linksorientierten Landsleute erhielt. Ungarn hat nicht viel Freunde in der Welt, weil man sich wegen der Französischungen überall gewaltig „aufpusierte“, und infolgedessen zeigte man eine gewisse Schadenfreude. Es gab auch in Deutschland „Organe der öffentlichen Meinung“, die diese „reinsten Freunde“ zeigten, ohne zu ahnen, wie sehr wir uns und unserem Deutschland damit schaden. Uns hat man doch vor drei Jahren auch die Marckscheine gefälscht zu vielen Millionen, und da hat besagte, sich jetzt so moralisch aufpusierende Welt kein Wort des Tadels gefunden.

Dr. Pr.

Reform der Parlamentardebatten.

Vorschläge des Reichstagspräsidenten. Die Fraktionen des Reichstags beraten über Vorschläge des Reichstagspräsidenten, die darauf abzielen, Zahl und Dauer der Sitzungen des Reichstags zu vermindern und den Debatten den Wert wirklicher Diskussion zu verleihen.

Brasiliens Abgabe an den Völkerbund.

Neue Austrittsdrohungen Brasiliens.

Schluss der Völkerbundratung. Die Sitzung des Völkerbundrates in Genf hat nun doch mit einer Sensation geschlossen: Brasilien kündigte offiziell seine Austrittsabsichten aus dem Völkerbund an. In einer an den Völkerbund gerichteten Note heißt es, Brasilien überlasse den Großmächten die Verantwortung für das, was sie zu tun beabsichtigen, und halte sich an die Ideale Amerikas, ohne die man nie dazu gelangen werde, den Weltfrieden zu sichern. Da die gegenwärtige Rüstung die letzte vor September sei, verzichte Brasilien im Augenblick auf den nichtständigen Sitz. Es bleibe Brasilien noch übrig, dem Völkerbund zu gegebener Zeit seinen Entschluß mitzuteilen, dem Bunde nicht länger anzugehören.

Die Hoffnung in Völkerbundkreisen, daß Brasilien nur aus dem Völkerbundrat auscheiden, aber weiter Mitglied des Völkerbundes bleiben würde, hat sich nicht erfüllt. Im übrigen wurden in der Schlussitzung die Vorschläge der Studienkommission für die Ratsreform genehmigt. Der Generalsekretär des Völkerbundes erhielt den Auftrag, das ganze die Staatsform betreffende Material sämtlichen Völkerbundstaaten zu Informationszwecken mitzuteilen. Der Rat verzögerte darauf, sich über das Datum der zweiten Tagung der Studienkommission auszusprechen, und überläßt es dem Präsidenten des Völkerbundrates, die auf den 23. Juni angelegte Tagung im Einvernehmen mit dem Präsidenten der Studienkommission gegebenenfalls zu verschieben. Die nächste Tagung des Völkerbundrates ist vorläufig auf den 3. September angesetzt worden.

Der Völkerbundrat über das Sicherheitssystem.

Der Völkerbundrat nahm in seiner Schlussitzung auch von den Beschlüssen des Vorbereitungsausschusses für die Abrüstungskonferenz Kenntnis und beschloß, die französischen, polnischen und finnländischen Anträge auf Ausbau des allgemeinen Sicherheitssystems und der wirtschaftlichen und finanziellen Hilfestellungen auf Grund des Artikels 16 des Völkerbundpaktes auf seine nächste Tagung im September zu verschieben. In zwei weiteren Berichten über die Fortschritte auf dem Gebiet der Schiedsverträge sowie auf dem Gebiet der fried-

Die Redner sollen im allgemeinen mit einer halben Stunde Redezeit auskommen und nicht in der Reihenfolge, die durch die Stärke der Fraktion bestimmt ist, zu Wort kommen, sondern es soll das Für und Wider abwechselnd vertreten werden. Ferner soll, wie im französischen Parlament, die Möglichkeit gegeben werden, den Redner durch Zwischenfragen zu unterbrechen.

Gegen die Fürstenenteignung.

Ein Aufruf an das deutsche Volk. Eine Anzahl führender Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Handel, Gewerbe, Kunst und Wissenschaft wendet sich in einem Aufruf an das deutsche Volk gegen die Fürstenenteignung. In Wahrheit, so heißt es in dem Aufruf, geht es nicht um die Vermögens der Fürsten, sondern um den Grundbesitz des Privatigentums und damit um die Grundlagen unserer tausendjährigen Kultur. Werden sie erschüttert, dann steht Deutschland in einem politischen Kampf, in dem die Gegensätze mit aller Wucht aufeinanderprallen müssen, in dem unsere schwer ringende Wirtschaft aufs neue gefährdet und das deutsche Volk in innerer Zerrissenheit ohnmächtiger wird denn je. In unserem Daseinskampf tut Einheit not. Das deutsche Volk darf nicht zulassen, daß ein Ausnahmegesetz die verfassungsmäßigen Rechte deutscher Staatsbürger beseitigt. Es ist vaterländische Pflicht, alle diejenigen zur Befestigung zu mahnen, denen eine ruhige Fortentwicklung Deutschlands am Herzen liegt. Deshalb bleibe jeder am 20. Juni der Abstimmung fern! Unter den zahlreichen Persönlichkeiten, die diesen Aufruf unterzeichnet haben, befinden sich Jarres, Frhr. von Büning, Generalfeldmarschall von Madenhain, Kadraun, Rudolf Pressler, Bundesführer Seldte, von Siemens, Graf Westarp, Graf Ralckreuth, Hepp und andere.

Stahlhelm und Reichspräsident. Der Stahlhelm teilt mit: Reichspräsident v. Hindenburg hat an Herrn v. Voelckel in der Frage des Volksentscheides einen Brief gerichtet, in dem er seiner persönlichen Meinung Ausdruck gibt, die das Volksbegehren als ein großes Unrecht und groben Unbarm empfindet und als einen Schritt, dessen Gelingen einen der Grundpfeiler, auf dem der Rechtsstaat beruht, beseitigt. Die Reichspressen bis herüber zu den Demokraten versucht, dem Reichspräsidenten diese seine als Staatsbürger nach Recht und Gewissen vorgebrachte Meinung, der er Ausdruck geben kann wie jeder andere Deutsche, als ein Vergehen anzusehen, das mit der Stellung als Reichspräsident nicht vereinbar sei. Daraus spricht ihre deutliche But, daß in das aufrührerische und heckerische Gerede und Geschrei, das sie zur Beunruhigung des Volkes in Sachen der schamlosen Fürstenenteignung getrieben hat, nun wie ein erlösender Blitz die Worte unseres

internationaler Meinungsbereinigungen, wird insbesondere auf die Bedeutung der Verträge von Locarno und auf die damit geförderte Entwicklung der friedlichen Regelung von Konflikten hingewiesen.

Blutige Arbeiterunruhen in Polen.

6 Tote, 16 Verwundete. In den Eisenwerken von Ostrowiec im südlichen Kongresspolen kam es gestern zu schweren Arbeiterausbreutungen. Die von Hekern aufgeregte Menge belagerte sechs Stunden lang das Polizeikommissariat und versuchte, es zu stürmen. Bei den sich hierbei entzündenden Kämpfen wurden fünf Personen und ein Polizist getötet und 16 verletzt. Erst zwei aus Sandomir herbeigeschickte Pionierkompanien und zahlreiche mobilisierten Polizeikräfte gelang es, die Ordnung wiederherzustellen. Die letzte Ursache zu den Unruhen bildete die von den Arbeitern geforderte Entlassung eines mißliebigen Ingenieurs. Als die Direktion dieses Ansinnen abschlug, entfernten die Arbeiter den Ingenieur gewaltsam aus dem Werk. Auf Ersuchen der Direktion verhaftete die Polizei einige Rädelsführer, und um die Freilassung dieser Verhafteten zu erzwingen, zogen die Arbeitermassen vor das Artilleriegeschütz.

Note der britischen Regierung an die Sowjetregierung.

London. Die britische Regierung richtete an die Sowjetregierung eine Note wegen der finanziellen Unterstützung, die während des Generalkongresses dem Gewerkschafts-kongress angeboten wurde. Wie weiter erzählt, hat die britische Regierung einen endgültigen Beweis in Händen, daß ein Teil des dem Gewerkschaftskongress während des Generalkongresses angebotenen Geldes von der Sowjetregierung selbst stammt. In der Note an die Sowjetregierung wird daher Einspruch erhoben gegen ein Vorgehen, das als ungerichtlich angesehen wird. Der allgemeine Eindruck in gut unterrichteten englischen Kreisen geht dahin, daß die Frage der Wiederannahme der Verhandlungen mit der Sowjetregierung über die verschiedenen noch ausstehenden Punkte sich schwieriger gestaltet hat als geschätzt der Tatsache, daß letztere für fähig gehalten werden könnte, die Unruhe in England in einer Zeit nationaler Krise zu nähren.

verehrungswürdigen Generalfeldmarschalls gefallen sind, die manchen verführten Volksgenossen auf den rechten Weg zurückzuführen werden. Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, weist mit Enttäuschung die Versuche der Linken zurück, die dem Reichspräsidenten die persönliche Kuperung zu einer lebenswichtigen Frage verbieten wollen, und erklärt, daß er in unaunderbarer Treue hinter seinem ersten Soldaten und Ehrenmitglied steht.

Deutscher Reichstag.

(21. Sitzung.) OB. Berlin, 11. Juni. Vor Eintritt in die Tagesordnung kommt Präsident Lobe auf die Lärmereien in der gestrigen Sitzung zurück. Aus dem stenographischen Bericht sei ersichtlich, daß die Abgeordneten (Soz.), von Kamin (Völk.) und Rieseberg (Din.) gestern unparlamentarische Jurufe gemacht haben. Der Präsident rief die genannten Abgeordneten nachträglich zur Ordnung. Nach Mitteilungen im Altkleinen soll Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) seinen durch einen Ordnungssturz gerügten, den Reichspräsidenten beleidigenden Juruf widerrufen haben. In Stenogramm ist der Juruf nicht vermerkt. Dr. Rosenfeld hat aber die Möglichkeit der Wiederholung zugegeben und erklärt, daß er den Ordnungssturz nicht gehört habe. Präsident Lobe fuhr fort: Wegen der Wiederholung eines schon einmal gerügten unparlamentarischen Jurufes rufe ich den Abg. Dr. Rosenfeld nochmals zur Ordnung. (Gelächter bei den Kommunisten.) In diesem Heiterkeitsausbruch wurde ich festgestellt, daß im Altkleinen wiederholt betont worden ist, daß die Wiederholung eines schon einmal gerügten unparlamentarischen Jurufes die parlamentarische Ordnung darstellt, gegen den schärfere Maßnahmen ergriffen werden müssen. (Zustimmung.) Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt das

Zusammenkommen mit der Völkertagungskonferenz.

Das Zusammenkommen wird ohne Debatte dem Auswärtigen Ausschuss überwiesen.

Es folgte dann die Abstimmung über den kommunistischen Mistrustensantrag gegen die Regierung. Dafür stimmten nur die Kommunisten; die Sozialdemokraten enthielten sich der Abstimmung. Alle übrigen Fraktionen stimmten dagegen, so daß der Mistrustensantrag mit großer Mehrheit abgelehnt wird.

Es folgte der Bericht des Verkehrsausschusses über den Lippe-Seitenkanal. Nach unwesentlicher Debatte wurde eine Entschließung des Ausschusses angenommen, worin die Regierung ersucht wird, den Ausbau des Lippe-Seitenkanals von Hamm-Lippstadt zu fördern und zu erklären, auf welche Weise sie die in ihrer Existenz bedrohte Binnenschifffahrt unterstützen und fördern will. Weiter wurde eine Vorlage verlannt über Kreditgewährung an die Binnenschifffahrt für Schiffneubauten und -umbauten.